



Motion SP Stadt Solothurn

Erstunterzeichnender Matthias Anderegg

Gemeinderat vom 19. Januar 2016

Motion zur Einsetzung einer Kommission für Integration

1. Das Stadtpräsidium wird beauftragt eine Kommission für Integration einzusetzen.
2. Die Kommission für Integration besteht aus mindestens 7 Mitgliedern und 7 Ersatzmitgliedern.

Begründung:

Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in unserer Stadt ist seit Jahrzehnten erheblich. Alle Einwohnerinnen und Einwohner unserer Gemeinde sollen unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder ihrer religiösen Überzeugung in unser Gemeinwesen eingebunden und an gesellschaftlichen Prozessen beteiligt werden. Nur so ist es möglich, sich mit der Gemeinschaft auch zu identifizieren und zum Wohlbefinden aller beizutragen.

Gemäss KIP (Integrationsprogramm Kanton Solothurn vom 11. Juni 2013) wäre es wünschenswert, wenn in Städten und grösseren Gemeinden Ansprechstellen bestimmt werden. In einigen Gemeinden (z.B. Zuchwil) laufen dazu bereits Pilotprojekte. Eine Ansprechstelle in der Stadt Solothurn kann subsidiär durch eine Kommission für Integration begleitet und somit politisch abgestützt werden.

Es macht durchaus Sinn, sich über die Integration auch lokale Überlegungen zu machen und spezifische Themengebiete in einem Leitbild festzuschreiben. Um auf die unterschiedlichen Ansprüche und z.T. auch temporären Themen zu reagieren, ist die Einsetzung einer Kommission die richtige Antwort. Diese Praxis wird bereits in diversen Gemeinden erfolgreich umgesetzt¹. Die meisten Migrantinnen und Migranten haben ein grosses Interesse daran, sich bei uns zu integrieren und auch entsprechende

¹ Z.B. Stadt Thun mit einer ständigen Fachkommission oder diverse Gemeinden im Kanton Waadt.



Sozialdemokratische Partei der Stadt Solothurn

GR-Fraktion, Postfach 1534, 4502 Solothurn, Postkonto 45-6640-6, www.spstadtso.ch

Anstrengungen zu unternehmen. Um einen optimalen Arbeitsstart für die Kommission zu gewährleisten, ist es sinnvoll, wenn der Gemeinderat einen temporären Fachausschuss zur Erarbeitung eines Pflichtenheftes für die Kommission einsetzt. Der Fachausschuss soll sich aus Mitgliedern der Verwaltung, Organisationen und Experten, die über Fachkenntnisse im Integrationsbereich verfügen, zusammensetzen. Das Pflichtenheft wird, wie in der Gemeindeordnung vorgesehen, durch den Gemeinderat verabschiedet. Eine nachhaltige Integrationspolitik ist für unser Gemeinwesen von grosser Bedeutung und betrifft beinahe alle politischen Themenfelder wie Wohnungsbau, Bildung, Arbeit, Gesundheit, Kommunikation, Verwaltung etc.. Wir wollen aber auch nicht vergessen, dass wir auf die vielfältigen Ressourcen der Migrantinnen und Migranten angewiesen sind und dass diese unserem Land seit Jahrzehnten grossen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Nutzen bringen.

Die Einsetzung dieser Kommission bringt uns eine erhöhte Sensibilität in diesem Themenbereich. Wir sind somit in der Lage, kompetent und präventiv auf verschiedene Problemstellungen zu reagieren und unser Zusammenleben in Einklang zu bringen.

Integration ist ein Geben und Nehmen; es geht uns alle an!

Für die Sozialdemokratische Partei der Stadt Solothurn und im eigenen Namen:

Matthias Anderegg

Solothurn, 16.01.2016